

aussprechen, steht dem Dienstgeber sowohl als dem Dienstnehmenden (oder seinem gesetzlichen Vertreter) zu jeder Zeit zu. 5. Für das Dienstverhältnis sind lediglich die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 611—630) maßgebend. Ein solcher Vertrag enthält alles Nötige. Der springende Punkt ist, daß das Gefinde jederzeit kündigen und den Dienst verlassen kann. Diese Bedingung bringt schließlich auch die anderen Verbesserungen mit sich. Deshalb ziehe ich einen solchen Vertragsentwurf dem Stadthagenschen Formular vor, das noch eine Reihe anderer Dinge umfaßt. Die Möglichkeit, derartige Verträge abzuschließen, muß allgemein bekannt werden. In allen Agitationskalendern, in den Zeitungen, in Briefkastennotizen, durch Zirkular des Parteivorstandes an die Parteisekretäre muß auf die Möglichkeit, private Vereinbarungen zu schließen und damit die reaktionäre Dienstordnung außer Kraft zu setzen, hingewiesen werden. Das will der Antrag 110. Ich bitte um seine Annahme.

Der Antrag 110 wird angenommen.

Es folgt eine Gruppe von Anträgen, die

Presse und Literatur

betreffen: 55, 57, 58, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68. Hierbon werden unter A fünf die Anträge 55, 58, 61, 63 und 66; 59 ist zurückgezogen.

Sie stehen zur Diskussion.

Der Antrag 55 wird ohne Diskussion angenommen.

Zum Antrag 58 bemerkt

Hug-Bant: Der Preis der „Neuen Zeit“ ist an sich nicht hoch; wenn aber die „Neue Zeit“ in den Massen mögliche Verbreitung finden soll, so müßte er noch niedriger sein. Wir wünschen daher, daß der Parteivorstand untersucht, ob eine Verbilligerung der „Neuen Zeit“ möglich ist.

Singer: Nach den letzten Worten des Antragstellers darf ich annehmen, daß er wünscht, daß der Antrag dem Vorstande zur Erwägung überwiesen wird. (Zustimmung.)

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Gegen den Antrag 61 wendet sich

Kfannkuch: Jedes sozialdemokratische in Deutschland erscheinende Blatt steht unter einer Preiskommission. Diese wird schon Remedur schaffen, wenn die in dem Antrag gerügten Uebelstände eintreten.

Der Antrag 61 wird abgelehnt. Der Antrag 63 wird ohne Diskussion angenommen.

Den Antrag 66 begründet

Hudolph-Frankfurt a. M.: Aus dem Material, das uns veranlaßt hat, den Parteivorstand zu ersuchen, sich um die Preisfestsetzung zu kümmern, möchte ich einiges mitteilen. Die einzelnen Agitationsbezirke sind erfreulicherweise bestrebt, ihren Literaturvertrieb möglichst zu heben, aber unsere Buchhandlungen erfordern bedeutende Zuschüsse, auch die in Frankfurt a. M. Bei dem Vertrieb der Maizeitung wurde bei einem Bedarf von 8000 Exemplaren der Preis auf 5 Pf. festgesetzt. Denselben Preis brauchten aber auch die nur zahlen, die lediglich zehn Exemplare bezogen. Als Eisners Buch „Das Ende des Reiches“ herauskam, betrug der Verkaufspreis 5 Mk., netto 3,50 Mk., auch noch am 5. April vorigen Jahres. Aber bereits 14 Tage früher, am 21. März, wurde dasselbe Werk in der „Waldhauer-Zeitung“ für 2,50 Mk. angeboten. Natürlich konnten wir da die Bestände, die wir für 3,50 Mk. angekauft hatten, nicht los werden. Von dem Buch „Die Berliner Arbeiterbewegung“ von Bernstein wurde den Berliner Genossen das Heft für 20 Pf. geliefert, während der Verkaufspreis im übrigen 30 Pf. beträgt. Liebfriedrichs Hochverratsbroschüre kostete 50 Pf., netto 35 Pf. Den Gewerkschaften aber

wurde diese Broschüre ohne Umschlag für 15 Pf. angeboten. Auf Grund dieses Materials, das ich natürlich noch weit vermehren könnte, bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Engler-Freiburg spricht ebenfalls für den Antrag. Wir haben im letzten Jahre 100 Broschüren über die Alkoholfrage für 20 Pf. bezogen und wenige Tage darauf konnte die Generalkommission die Mitteilung machen, daß sie die Broschüren für 10 Pf. zur Verfügung stellt.

Bruns-Berlin: Die Einrichtung der Herausgabe von billigen Agitationsbroschüren besteht schon seit vielen Jahren. Die Buchhandlung Vorwärts kann nicht nur danach sehen, daß die einzelnen Parteibuchhandlungen Geschäfte machen; sondern sie muß auch dafür sorgen, daß die Literatur in den Parteikreisen zur Verbreitung kommt. Deshalb stellt sie stets sogenannte Agitationsausgaben auf billigem Papier her. Bei einer Reihe von Broschüren hat die Vorwärtsbuchhandlung nichts verdient, sondern Zuschüsse geleistet. Auch von der Broschüre über die Alkoholfrage ist eine billige Massenausgabe erschienen und eine andere auf besserem Papier, die durch die Buchhandlungen vertrieben worden ist. Wenn die Buchhandlung Vorwärts nicht in Kommission liefert, so deshalb, weil sie sonst von unseren Parteibuchhandlungen, deren Organisation manchmal zu wünschen übrig läßt, eine Masse Makulatur zurückbekommen würde. Der Preis der „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ für Berlin beruht auf einem Uebereinkommen der Buchhandlungen Vorwärts mit den eigentlichen Herausgebern, nämlich den Berliner Parteigenossen. Der Parteivorstand hat natürlich auch jetzt schon das Recht, die Preisfestsetzung der Buchhandlung Vorwärts zu überwachen.

Hudolph-Frankfurt a. M.: Auch wir wollen selbstverständlich den Vertrieb der Literatur in keiner Weise eingeschränkt sehen. Aber der Vertrieb der Broschüren muß so erfolgen, daß eine Schädigung der Parteibuchhandlungen dabei unterbleibt. Sehr gut ist, wenn Bruns sagt, wenn die Buchhandlung Vorwärts in Kommission liefert, würde sehr viel Makulatur zurückkommen. Bei dem heutigen Geschäftsgebaren bleibt die Makulatur auch, aber bei uns in den Buchhandlungen. Die Buchhandlung Diez liefert auch an Vereine und Bibliotheken zu äußerst niedrigen Preisen. Da sind in einem Zirkular 40 Bände angeführt, die reell 140 Mk. kosten, aber 60 Mk. geliefert werden. Unsere Buchhandlungen können sie nur für 98 Mk. bekommen. Derartige Kollektionen werden natürlich meist von Vereinen bestellt und dann direkt beim Verlag, wo sie es billiger bekommen. Wenn es bei der bisherigen Praxis bleibt, müssen wir in Frankfurt ernstlich überlegen, ob wir überhaupt noch unsere Buchhandlung aufrechterhalten sollen. (Hört! hört!)

Parteisekretär Müller-Berlin: Ich empfehle Ihnen, den Antrag dem Vorstand zur Erwägung zu unterbreiten. Wir werden das Material prüfen und dann dazu Stellung nehmen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Buchhandlung Vorwärts im letzten Jahre eine ganze Anzahl billiger Agitationsbroschüren zum Teil zum Selbstkostenpreis herausgegeben hat, und daß sie nach dem Bericht an den Parteitag bei einem Umsatz von 563 737,49 Mk. nur 28 000 Mk. Ueberschuß geliefert hat. Man kann also nicht sagen, daß sie kapitalistisch betrieben wird.

Der Antrag 66 wird hierauf dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Singer teilt mit, daß der Antrag 140 der Kontrollkommission eingegangen ist.

Es werden nunmehr die Anträge 60, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 123, 128 und 140 zur Debatte gestellt. Nur der Antrag 60 wird nicht unter A fünf. 114 ist zurückgezogen.

Den Antrag 111 begründet

Walter-Augsburg: Es wäre eine Beleidigung des sozialdemokratischen Parteitagcs, wenn ich über die Bedeutung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter noch ein Wort verlieren wollte. Wir sind jederzeit, sowohl als politische Partei und auch als Gewerkschaftler für dasselbe eingetreten. Der Geheim-erlaß der süddeutschen Metallindustriellen hat ja bewiesen, daß jetzt nicht nur dem gewöhnlichen Proletariat, sondern auch den Kreisen, die uns bisher völlig fernstanden, den technischen und kaufmännischen Angestellten, das Koalitionsrecht genommen werden soll. Auf Grund dieses Erlasses haben einzelne Stadtverwaltungen beschlossen, bei der Vergabung gemeindlicher Arbeiten in die Lieferungsverträge die Bestimmung aufzunehmen, daß den betreffenden Arbeitern das Koalitionsrecht gewährleistet werden soll. Ich lege diesen Bestimmungen einzelner Gemeinden eine sehr geringe Bedeutung bei, denn die Bestimmung wird doch nicht ernstlich erfüllt. Wir können aber auch als Konsumenten für das Koalitionsrecht eintreten. Wir sind nicht allein in bezug auf Nahrung- und Gebrauchsgegenstände Konsumenten, sondern auch als Partei und Gewerkschaften in ganz hervorragendem Maße durch unsere Institutionen. Es ist geradezu beschämend, wenn Lorenzweise jede Woche aus gewissen Papierfabriken das Drudpapier in die Zeitungen geht, wo dann unsere Grundsätze darauf gedruckt werden, während in den Betrieben die erbärmlichsten Löhne gezahlt werden und den Arbeitern das Koalitionsrecht in rücksichtslosester Weise genommen wird. Hier können die Partei, die Gewerkschaften usw. mit Unterstützung der Genossenschaften einschreiten. Es ist schon der Versuch gemacht worden, die Lieferung des Papiers in eigene Regie zu nehmen. Ich weiß genau, welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden sind, wenn man aber beredigt, daß es Millionen sind, die jährlich von Partei- und Gewerkschafts-druckereien und von der gewaltigen genossenschaftlichen Literatur an Papier verbraucht werden, dann muß es doch möglich sein, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die „Reipziger Volkszeitung“ hat beim Streit in der Budgetbewilligung unserer Parteipresse in Augsburg einige spöttische Bemerkungen an den Kopf geworfen, weil die Augsburger einen solchen Antrag gestellt hätten. Ich bin gewiß kein Revisionist, aber ich meine, Parteigenossen, daß die Zeitungen in dieser Beziehung sehr praktisch arbeiten könnten, wenn sie dafür eintreten wollten, daß in den sächsischen Konsumvereinen, die mit 10 bis 20 Prozent Dividende aufmarschieren, die Waren, die zum Verkaufe kommen, in Betrieben hergestellt werden, wo menschenwürdige Löhne gezahlt werden und das Koalitionsrecht garantiert wird. — Gewiß können wir dem Parteivorstand keine zwingende Marschroute geben, ich bitte Sie aber, den Antrag dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen.

Der Antrag 111 wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Den Antrag 112 begründet

Sieting-Söcht: Man soll wenigstens einen Versuch machen, die Kosten werden sich sicher lohnen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Den Antrag 113 begründet

Eisner-Münzberg: In diesem Augenblick ist nicht die Zeit, daß der Parteitag eine Agrarkommission wählen kann. Ich schränke daher den Münzberger Antrag dahin ein, daß wir dem Parteivorstand den Wunsch unterbreiten, er möge im Laufe des Jahres den Versuch machen, eine solche Konferenz einzuberufen, vielleicht eine ständige Kommission zu ermöglichen. Dieser Antrag ist nicht etwa aus dem Bedürfnis gestellt, theoretische Debatten über die Agrarfrage zu veranlassen, etwa über die Frage, ob der Großbetrieb oder der

Kleinbetrieb siegt und ähnliche Dinge mehr, sondern die Kommission soll sich mit praktischen unmittelbaren Fragen der Politik beschäftigen. Um für die Dringlichkeit des Antrages ein paar Dinge zu erwähnen: hier im Süden und auch in anderen Gegenden spielt z. B. der Kleinbauer die Rolle des Lohn-druckers, indem er gewerbliche Nebenarbeiten leistet. Diese gewerblichen Nebenarbeiter sind zur Organisation noch unfähig und bedeuten eine schwere Gefahr für die gewerkschaftlichen Bestrebungen in diesen Gebieten. Die Erörterung dieser Frage kann nur im Zusammenhange mit der ganzen Agrarfrage erfolgen. Es handelt sich da auch um die Entscheidung, ob die Partei auf dem Lande überhaupt Eingang findet und Vertrauen gewinnt. Es kommen noch andere Fragen in Betracht: die Landarbeiterfrage, die Produktivgenossenschaften von Kleinbauern in Deutschland und ihre Verbindung mit den städtischen Konsumgenossenschaften. Das sind alles Dinge, die außerordentlich wichtig sind. Man beschäftigt sich in Bayern damit — das Zentrum insbesondere legt großen Wert darauf —, das ländliche Gesinde zu organisieren. Auch diese Frage gehört hierher. Sie sehen also, der Zweck dieses Antrages ist nicht etwa, bloße theoretische Streitfragen zu erörtern, sondern einfach nur zu versuchen, wie die proletarischen Elemente auf dem Lande, die innerlich zu uns gehören, für uns gewonnen werden können, welches Aktionsprogramm, welche unmittelbaren Forderungen man für sie aufstellen kann. Wenn eine Kommission eingesetzt wird, die diese praktischen Fragen der proletarischen Bevölkerung auf dem Lande erörtert, dann wird es einmal möglich sein, auf dem nächsten oder einem künftigen Parteitag die Agrarfrage in dieser fruchtbringenden Beschränkung auf die Tagesordnung zu setzen. Ich bitte Sie also, den Antrag mit der Umänderung anzunehmen, der Parteitag möge dem Parteivorstand den Wunsch aussprechen, eine solche Kommission im Laufe des Jahres einzuberufen.

Der Antrag 113 wird angenommen. Desgleichen der Antrag 115.

Den Antrag 116 begründet

Gaase-Königsberg: Wir verfolgen mit unserem Antrage keineswegs den Zweck, der Partei eine antimilitaristische Spielerei zuzumuten. Der Antrag bewegt sich durchaus im Rahmen auch früherer Beschlüsse unseres Parteitages. Ich mache die Genossen darauf aufmerksam, daß unser Parteivorstand vor zwei Jahren ein Flugblatt an die Militärpflichtigen verbreitet hat, das ausgezeichnet gewesen ist (Sehr richtig!), das sehr gut gewirkt hat. Seitdem ist aber nichts weiter geschehen. (ParteiSekretär Müller: Es ist neu aufgelegt worden!) Aber auch der Vorschlag, den wir machen, ist ein guter; wir selbst haben mit ihm Erfolge erzielt. Sie wissen ja alle, daß, wenn der Proletarier zum Militär kommt, während der ganzen Militärzeit ihm das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit seiner Klasse ausgerieben wird. Sie wissen weiter, daß man versucht, ihn, wenn er entlassen wird, dem Kriegerverein zuzuführen. Daher ist es sehr wichtig, ihm, bevor er eingezogen ist, solange er noch im Zivildienstverhältnis ist, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu seiner Klasse zu stärken und ihn nicht sang- und klanglos zum Militär zu entlassen. Natürlich kann man es nicht darauf anlegen, dem Mann die Militärdienstzeit zu erschweren. Das ist nicht der Zweck des Flugblattes und auch nicht der Zweck dieser Abschiedsabendc. Aber man fettert die Leute innerlich an sich, sie behalten das Gefühl der Zusammengehörigkeit auch während sie dienen, und treten hernach bald wieder in die Reihen des kämpfenden Proletariats. (Beifall.)

Zubeil: Ich bin mit dem Antrag vollkommen einverstanden. Aber noch wichtiger ist es, sich um die Reservisten zu kümmern. (Sehr richtig!) Unsere

Kriegervereine und die Leitung des großen deutschen Kriegerbundes machen ihren Einfluß auf die jungen Leute schon in den letzten Wochen ihres militärischen Verhältnisses nutzbar und fangen den größten Teil der jungen Reservisten ein. Sind sie erst einmal in den Kriegervereinen, dann ist es äußerst schwer, sie wieder heraus- und zu uns herüberzugiehen. Deshalb vor allem ist es notwendig, daß wir uns alle Mühe geben, in den einzelnen Orten die Abtreiben zu erfahren suchen, um die Reservisten gleich nach der Entlassung der sozialdemokratischen Organisation zuzuführen, ehe es zu spät ist. (Zustimmung.)

Der Antrag 116 wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages 140.

Raben: Wir wollen nicht etwa eine Gehaltskala festlegen und jährlich eine Zulage von 300 oder 600 Mk. bewilligen, sondern es handelt sich um eine einmalige Gehaltserhöhung. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß jeder Parteitag das Recht haben muß, über die Gehälter Beschlüsse zu fassen. Für unsere Redakteure und für die sonstigen Parteibeamten besteht eine bestimmte Skala, nicht aber für die Angestellten des Parteivorstandes. Obwohl diese Beamten ein sehr verantwortungsvolles Amt haben, bleiben sie doch mit ihren Gehältern vielfach hinter denen der Redakteure und anderer Beamten zurück. Wenn wir Ihnen vorschlagen, den drei älteren Sekretären je 300 Mk. Zulage zu geben, so ist das nicht zuviel; diese Genossen haben jetzt 4200 Mk., während der jüngste Sekretär Müller 3600 Mk. bezieht. Da nun die Tätigkeit Müllers dieselbe ist und da Müller ebenso eifrig ist wie die übrigen Sekretäre und ihnen nur im Alter nachsteht, so wollen wir ihm eine Zulage von 600 Mk. bewilligen, damit er später leichter den anderen gleichgestellt werden kann. Ich hoffe, Sie werden unseren Antrag einstimmig annehmen, denn wir können unseren Parteibeamten nicht das verweigern, was wir für die Beamten des Massenstaates im Parlament fordern.

Der Antrag 140 wird einstimmig angenommen.

Sinißkiewicz-Rattowicz begründet hierauf die Resolution 133. Im vorigen Jahre hat sich die Gesetzgebung ganz besonders gegen die Polen gerichtet. Der preussische Landtag hat das Enteignungsgesetz beschlossen und der deutsche Reichstag das sogenannte liberale Vereinsgesetz. Das preussische Enteignungsgesetz richtet sich ja nicht gegen die Arbeiter, sondern vor allem gegen die besitzenden Klassen der polnischen Bevölkerung, aber wir als Sozialdemokraten müssen alles bekämpfen, was Unrecht und Niedertracht ist, und deshalb müssen wir gegen die Enteignungsvorlage den schärfsten Protest erheben. (Sehr richtig!) Schwerer werden wir durch das Vereinsgesetz getroffen, das uns die Möglichkeit nimmt, in den Orten, wo wir endlich Versammlungslokale errungen haben, polnische Versammlungen abzuhalten. Der polnische Arbeiter ist bisher überall als das größte Ausbeutungsobjekt benützt worden. Dort, wo die deutschen Arbeiter zu verständig und zu aufgeklärt sind, um sich ausbeuten zu lassen, wurde der polnische Arbeiter vor den Pfug gespannt, und er hat geduldig weitergearbeitet. Wir wissen ja, daß die Ausnahmebestimmungen gegen die polnischen Arbeiter auf Anregung der rheinischen Großindustriellen zustande gekommen ist. Wenn in einem Jahre zwei so brutale Unterdrückungsgesetze geschaffen sind, so ist es die Pflicht des deutschen Parteitages, energisch Protest dagegen zu erheben. Wir müssen den polnischen Arbeitern zeigen, daß wir deutschen Sozialdemokraten mit dieser brutalen Unterdrückungspolitik nichts gemein haben. (Beifall.)

Auch in den Landesteilen, wo viele Polen eingewandert sind, besonders in Rheinland-Westfalen, Hannover, Hamburg usw. müssen wir mehr als bisher für die Agitation unter den polnischen Arbeitern tun. Da es uns nicht möglich ist, dort Versammlungen abzuhalten, sollten wir wenigstens Literatur in pol-

nischer Sprache verbreiten, um die Leute auf diese Weise zu Sozialdemokraten zu machen. Genau so, wie unsere Reichstagsfraktion das Jesuitengesetz bekämpft hat, weil es ein Ausnahmegesetz war, genau so sollten unsere Abgeordneten auch in Zukunft auf Schritt und Tritt die Ausnahmebestimmungen des Vereinsgesetzes gegen die Polen bekämpfen.

Nehmen Sie die Resolution einstimmig an und zeigen Sie damit unseren polnischen Brüdern, daß sich die deutsche Sozialdemokratie mit den Gewaltmaßnahmen der herrschenden Klasse nicht einverstanden erklärt. (Beifall.)

Die Resolution 133 wird debattelos einstimmig angenommen.

Singer: Durch die einstimmige Annahme wird der Protest gegen das Vereinsvereinsgesetz, das den polnischen Genossen ihr Naturrecht nimmt, noch verschärft.

Es folgt die Beratung der Resolution 133.

Mara Jettin: Im Auftrage des Vorstandes und der Kontrollkommission habe ich Ihre Aufmerksamkeit auf die vorliegende Resolution betreffend die sogenannte Kriegsbege zu richten. Wir sind der Ueberzeugung, daß der Parteitag die Resolution einstimmig und ohne Debatte annehmen und dadurch den unerschütterlichen Willen des deutschen Klassenbewußten Proletariats bekräftigen wird, seinen vollen Einfluß gegen die verderbliche Kriegsbege geltend zu machen. Sie alle wissen, welches die Ereignisse sind, die die in der kapitalistischen Ordnung unserer Tage stets bestehende Kriegsgefahr augenblicklich vergrößern. Es ist das skrupellose Treiben bestimmter kapitalistischer Kreise Englands und Deutschlands, das jetzt zum Kriege zwischen den beiden Nationen hegt. Es ist das Treiben jener Kreise, für welche Kriegszüchtungen und Kriege ein lohnendes Geschäft sind, ein Treiben, das gefördert wird durch die scharlose Tätigkeit literarischer und wissenschaftlicher Zuhälter. Dadurch wird die Aufmerksamkeit der Massen auf die Tatsache gelenkt, daß die Kriege nicht das Werk jener diplomatisierenden „Staatsmänner“ sind, jener Marionetten der Geschichte, welche die Regierung in der Hand halten, sondern daß es im letzten Grunde die ausbeutenden herrschenden Klassen sind, deren Interessen zum Kriege drängen. Die sogenannten nationalen Gegensätze sind nicht Gegensätze zwischen den Massen der Nationen, sondern lediglich Gegensätze zwischen den ausbeutenden und herrschenden Klassen innerhalb jeder einzelnen Nation. Die sogenannten nationalen Gegensätze sind nichts anderes, als die eine Seite jener geschichtlichen Erscheinung, deren andere Seite der große historische Gegensatz zwischen den ausbeutenden und den ausgebeuteten Massen ist. (Sehr wahr!) Die fortschreitende Entwicklung des Kapitalismus ist es, die heute die stärkste Wurzel der Kriegsgefahr bildet. Wie die Dinge liegen, kann daher der bedrohte Frieden nun und nimmermehr gesichert werden durch die wohlmeinenden papiernen Beteuerungen der bürgerlichen Friedensfreunde, die selbst durch die Bewilligung von Mitteln für die Rüstungen wie durch ihr Eintreten für die Interessen der besitzenden Klassen, ihr Bemühen, die Gesellschaft der Klassengegensätze zu erhalten und zu festigen, dazu beitragen, daß die Kriegsgefahr bestehen bleibt. Ihr Treiben gleicht dem Tun der Menschen, die wohl die Flamme glimmen sehen, die sich aber erst zum Löschen entschließen, wann die lohnende Glut das Haus zu verschlingen droht. Nicht in papiernen Beteuerungen dieser guten Menschen und schlechten Musikanten, sondern in dem festen Willen der Masse des Proletariats ruht die Würde der Aufrechterhaltung des Friedens. (Beifall.) Genau so, wie die nationalen Gegensätze und die Klassengegensätze innerhalb der Nationen zwei Seiten ein und derselben geschichtlichen Erscheinung sind, so ist auch die internationale Solidarität der Ausbeuteten nur eine Seite des Klassenkampfes zwischen Besitzenden und Ausbeuteten innerhalb jeder einzelnen Nation. Gegenüber

der schamlosen Kriegshetze gilt es mit aller Entschiedenheit zu betonen, daß das deutsche Proletariat dem englischen Proletariat, dem französischen Proletariat, dem Proletariat der ganzen Welt brüderlich die Hand zum gemeinsamen Werk für die Erhaltung des Friedens entgegenstreckt, daß das deutsche Klassenbewußte Proletariat fest entschlossen ist, den Richtlinien des internationalen Sozialistenkongresses von Stuttgart entsprechend, Gebrauch zu machen von allen seinen Machtmitteln, die unter den jeweiligen geschichtlichen Verhältnissen in Betracht kommen können, um den Krieg gegen den Krieg, den Kampf gegen den Militarismus und seine Begleitererscheinungen aufzunehmen, um den Frieden mit allem Nachdruck zu sichern. (Beifall.) Der proletarische Klassenkampf ist die Arbeiterverbrüderung, der Sozialismus wird der Völkerfriede sein. (Lebhafter Beifall.)

Auch die Resolution 138 wird einstimmig ohne Debatte angenommen.

Singer: Durch den soeben gefaßten einstimmigen Beschluß hat der Parteitag im Namen der deutschen Sozialdemokratie aufs neue konstatiert, daß er, durchdrungen von der absoluten Notwendigkeit, daß die Völker in Frieden miteinander leben, in Frieden miteinander ihren Kulturaufgaben genügen wollen, alles daran setzen wird, um zu verhindern, daß durch das frebelhafte Spiel mit chauvinistischen Eroberungsgelüsten oder aus kapitalistischen Interessen die Völker zum Kriege aufeinandergehetzt werden. (Lebhafte Zustimmung.) In dem Augenblick, wo in Berlin unter der Regide des Fürsten Bülow eine Versammlung tagt, in der für die Entscheidung der Streitfragen durch Schiedsgerichte plädiert wird, in dem Augenblick, wo auf Veranlassung englischer Arbeiter die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter Berlins in Uebereinstimmung mit den Arbeitern ganz Deutschlands versichern, daß sie niemals Kriegsgelüste haben können, sondern daß sie alle durchdrungen sind von der Notwendigkeit, einzutreten für den Frieden — in dem Augenblick faßt der Parteitag diese Resolution und befundet aufs neue die internationale Solidarität aller Völker, aller Länder. (Bravo!) Nicht der Bund europäischer Fürsten ist es, der den Frieden sichert, sondern die Einmütigkeit des Proletariats, das mit seinen starken Händen den Frieden wahr gegen jene, die aus chauvinistischen Interessen den Krieg wollen, oder gegen die Bourgeoisie, die ihn aus kapitalistischen Interessen wünscht. (Lebhafter Beifall.) Das ist der Zweck der Resolution, durch deren Annahme wir uns verpflichtet haben, energisch mit allen in Betracht kommenden Mitteln einzutreten für die Befreiungen zum Schutze der Kulturwelt vor mörderischen Kriegen. (Lebhafter Beifall.)

Singer verkündet hierauf das Ergebnis der Wahl des Vorstandes und der Kontrollkommission.

Abgegeben sind 364 Stimmzettel, wovon einer ungültig ist. Es haben erhalten: Vorsitzende: Nebel 359 Stimmen, Singer 297 Stimmen; Kassierer: Gerisch 357 Stimmen; Sekretäre: Ebert 331, Mollenhuth 358, Müller 357, Pfannkuch 294 Stimmen; Beisitzerin: Frau Jick 224 Stimmen.

Bei der Wahl der Beisitzerin erhielten außerdem Stimmen: Fräulein Grünberg 120, Fräulein Baader 2, Auguste Schulze 1.

Bei der Wahl der Sekretäre erhielten außerdem Stimmen: Elm 2, Segitz 2, Fischer 2, Grunwald 1, Walther 1.

Zu Kontrolleuren wurden gewählt: Raden mit 275, Frau Jickin mit 274, Bod mit 249, Roenen mit 244, Braun mit 241, Gock mit 241, Grass mit 240, Brühne mit 240, Timm mit 160 Stimmen. Ferner erhielten Sachse 185, Ulrich 135, von Elm 134, Breh 133, Süßenbrand 103, Kleemann 84, Dorn

74, Simon 10, Segitz 2 Stimmen; ferner Grunwald, Dr. Dabib, Rosa Lugemburg und Zubeil je 1 Stimme.

Zu Beisitzern des Vorstandes hat die Kontrollkommission die Genossen Eberhardt und Mengels wiedergewählt.

In den Bildungsausschuß hat der Parteivorstand und die Kontrollkommission die Genossen Heimann-Berlin, David-Mainz, Korn-Riel, Mehring-Berlin, v. Bollmar-München, Alara Jeklin-Stuttgart und Schulz-Berlin, letzteren zugleich als Geschäftsführer gewählt.

Die Arbeiten des Parteitages sind damit beendet.

Singer: Ich danke zunächst den Nürnberger Parteigenossen — namens des Parteitages — für den festlichen Empfang, insbesondere dem Meister Weißheimer und seinen Sängern für ihre vorzüglichen Leistungen, mit denen sie den Empfangsabend verschönt haben. (Beifall.) Ich danke den Nürnberger Genossen weiter für die vorzügliche Art, mit der sie den Parteitag organisiert haben, für ihren Fleiß und ihren Eifer, insbesondere dem Lokalkomitee und den Ordnern, die die ganze Woche eine aufreibende Tätigkeit entfaltet haben. Ich danke weiter den Kommissionen, die Aufgaben im Auftrage des Parteitages erfüllt haben und sich deshalb teilweise den Verhandlungen im Plenum entziehen mußten.

Genossen und Genossinnen! Wir feiern auf diesem Parteitag nicht nur die Erinnerung an den Vereinstag deutscher Arbeitervereine vor vierzig Jahren, sondern wir haben auch ein Jubiläum der Partei gefeiert insofern, als dieser Parteitag der fünfundschwanzigste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist. Wir haben in den Jahren 1875, 1876 und 1877 Parteitage in Gotha gehabt. Wir hatten unter dem Ausnahmegesetz die drei Parteitage in Witten, Kopenhagen und St. Gallen. Wir haben seit dem Fall des Sozialistengesetzes von Halle bis Nürnberg neunzehn Parteitage gehabt. Möge auch der Nürnberger Parteitag als der fünfundschwanzigste in der Reihe, der Partei nur Nutzen und Förderung bringen.

Wir haben reiche Arbeit zu leisten gehabt: wir haben durch unsere Resolutionen zur Sozialpolitik und zur Reichsfinanzreform die Richtlinien gegeben, nach denen sowohl im Parlament als auch in der Partei selbst diese Fragen zu behandeln sind. Es ist überflüssig, im einzelnen darauf einzugehen. Die einstimmig angenommene Resolution zur Sozialpolitik beweist, wie die Partei die heutige Sozialpolitik auffaßt, wie sie dieselbe nur betrachtet als eine Abschlagszahlung, als eine Wegzehrung auf dem weiteren Vormarsch zu unserem großen Ziele, der Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, der Erhebung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische. (Lebhafter Beifall.) Durch die Resolution zur Finanzreform haben wir von neuem Ausdruck gegeben unserer Gegnerschaft gegen die indirekten Steuern, in denen wir eine Ausbeutung der breiten Massen des Volkes zugunsten der besitzenden Klassen erblicken. Wir werden nach beiden Richtungen hin unsere Agitation verstärken, damit die Reichstagsfraktion, getragen von der Unterstützung der gesamten Partei, gestützt auf tausendstimmige Voten von Versammlungen und Vereinen, den Kampf gegen die heutige Sozialpolitik und gegen die Reichsfinanzreform weiterführen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Resolution gegen die Kriegshetze habe ich bereits gewürdigt. Durch die Resolution zur Jugendorganisation haben wir den Grundstein gelegt zu dem Bau, auf dem die Jugendorganisation zu einer stärkeren Macht sich entfalten wird, den Grundstein zu dem Bau, der demaltestens der Hort der Freiheit sein wird. (Beifall.) Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft! Und die Jugend mit sozialem Geiste zu erfüllen, die Jugend kampfbereit zu machen, sie zu stärken für den Kampf gegen die heutige Gesellschaft, das ist der Zweck unserer Jugendorganisa-